Soziales im Blick

Niedersachsen-Echo

Die Landesbeilage des SoVD in Niedersachsen

SOVD

Oktober 2023 Ausgabe Nr. 10

Bisheriger Landesvorsitzender Bernhard Sackarendt wird Verbandsratsvorsitzender

Neue Verbandsspitze im SoVD

Der SoVD in Niedersachsen verändert seine personellen Strukturen an der Verbandsspitze: Der bisherige Geschäftsführer Dirk Swinke und sein Stellvertreter Dirk Kortylak bilden den neuen hauptamtlichen Vorstand. Bernhard Sackarendt – bislang Landesvorsitzender – agiert zukünftig als ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandsrats. Mit dieser Veränderung stellt sich Niedersachsens größter Sozialverband noch moderner und zukunftsgerichteter auf.

Bereits im Juni hatten die SoVD-Delegierten auf ihrer Landesverbandstagung für diese verbandsinternen Umstrukturierungen gestimmt. Diese sind nun mit der offiziellen Eintragung ins Vereinsregister wirksam geworden. Damit erhält der Verband einen hauptamtlichen Vorstand, der bisherige Landesvorstand fungiert als ehrenamtlicher Verbandsrat und als sogenannte Landeskonferenz.

„Die soziale Ungerechtigkeit in Niedersachsen nimmt immer weiter zu. Unsere Aufgabe als Sozialverband ist es, den Betroffenen Menschen eine starke Stimme zu geben. Dazu braucht es aber auch entsprechende Strukturen", sagt der neue Vorstandsvorsitzende Dirk Swinke. Mit diesen Neuerungen professionalisiere der SoVD seine Arbeit noch weiter – sowohl in der sozialrechtlichen Beratung als auch in der politischen Interessensvertretung.

Besonders wichtig ist dabei auch die Arbeit des Verbandsrats und der Landeskonferenz. „Beide Gremien werden in ihrer Arbeit den Fokus unter anderem auf die politische Ausrichtung und die Neukonzeption unserer ehrenamtlichen Strukturen legen", erläutert Bernhard Sackarendt, der künftig das Amt des Vorsitzenden des Verbandsrats innehat. Gerade letzteres sei für den SoVD mit seinen mehr als 8.000 ehrenamtlich Aktiven von enormer Bedeutung. „Unsere Ehrenamtlichen sind das Fundament unserer Arbeit vor Ort", so Sackarendt weiter.

Swinke, Kortylak und Sackarendt sind keine Unbekannten im Verband: Swinke und Kortylak leiten seit 2006 gemeinsam als Geschäftsführung die Geschicke des SoVD, Sackarendt ist seit 2019 Landesvorsitzender.

Foto: Martin Bargiel

Dirk Swinke (links) und Bernhard Sackarendt

SoVD: Flickenteppich muss beendet werden

Teilhabegeld für alle ermöglichen

Menschen mit Behinderung erhalten – je nach Bundesland – unterschiedliche finanzielle Leistungen. Es gibt zwar überall ein Landesblindengeld, allerdingt variiert die Höhe stark. Noch ungerechter ist die Situation für Gehörlose und Taubblinde. „In Berlin, Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen bekommen sie pro Monat eine finanzielle Unterstützung, in Niedersachsen erhalten sie keinen Cent", kritisiert Bernhard Sackarendt, Verbandsratsvorsitzender des SoVD. Es könne nicht sein, dass es vom Wohnort abhänge, ob Betroffene Leistungen erhalten oder nicht. „Dieser Flickenteppich muss beendet werden. Nur so kann gerechte Teilhabe hergestellt werden", ist sich Sackarendt sicher. Deshalb fordert der niedersächsische SoVD ein Teilhabegeld, dass alle Betroffenen – unabhängig vom Einkommen – erhalten. So könnten spezielle Bedarfe, die aufgrund ihrer Behinderung entstehen, ausgeglichen werden. „Wichtig ist dabei, dass es jeder*jedem, die*der eine Behinderung hat, zur Verfügung steht, ohne, dass sie langwierig erläutern müssen, für welchen Mehrbedarf sie das Geld genau verwenden", betont Sackarendt weiter. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für mehr Flexibilität und Selbstbestimmung. „Niedersachsen sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und ein Teilhabegeld auf Landesebene einführen. Ziel wäre aber natürlich eine Lösung auf Bundesebene", so Sackarendt.

Foto: Chansom Pantip

Taubblinde Menschen haben besondere Bedarfe.

Aktuelle Zahlen zeigen: Weniger Sozialwohnungen in Niedersachsen zur Verfügung

SoVD: Mieten dürfen kein Armutsrisiko sein

Wohnen wird für Menschen mit geringem Einkommen immer unbezahlbarer. Doch anstatt den Bau von Sozialwohnungen in Niedersachsen voranzutreiben, ist die Zahl im vergangenen Jahr sogar gesunken. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor. Angesichts dieser Ergebnisse fordert der SoVD in Niedersachsen die Landesregierung auf, ihre Anstrengungen beim sozialen Wohnungsbau zu verstärken, damit die Mieten nicht zu einem Armutsrisiko werden.

Die Mieten in Niedersachsen steigen immer weiter. Gerade für Menschen mit wenig Geld wird das zu einem enormen Problem. „Viele unserer Mitglieder mit geringem und teilweise auch mittlerem Einkommen kommen zu uns, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können und keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden", berichtet Bernhard Sackarendt, Verbandsratsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg hat die Zahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen um fast 2.600 abgenommen und liegt mittlerweile nur noch bei 52.601.

„Das muss sich ändern. Wohnen darf bei uns in Niedersachsen kein Luxus sein", betont Sackarendt. In den vergangenen Jahren sei im Bereich der Sozialwohnungen viel versäumt worden. „Das muss jetzt dringend aufgeholt werden. Die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft ab 2024 ist zwar sinnvoll, reicht aber bei Weitem nicht aus", ist sich der Verbandsratsvorsitzende sicher.

Insgesamt müsse der Ausbau der Sozialwohnungen vorangetrieben und die Sozialbindung verlängert werden. Auch das Thema der Fehlbelegungen müsse angegangen werden. „Bei Sozialwohnungen wird nur am Anfang überprüft, ob eine Berechtigung vorliegt. Das führt dazu, dass manche Mieter*innen jahrelang in einer Sozialwohnung leben, obwohl sie mittlerweile ein höheres Einkommen und damit möglicherweise gar keinen Anspruch mehr haben", so Sackarendt. Das sei angesichts der angespannten Situation nicht hinnehmbar und müsse geändert werden.

Foto: Vilo Mucha

Die Bundesregierung hatte angekündigt, jedes Jahr 100.000 Sozialwohnungen bauen zu wollen. Neu gebaut wurden 2022 jedoch nur 22.545 Sozialwohnungen.